

# Pressemitteilung



Magdeburg, 1. März 2019

## Landtag diskutiert über Grundrente/Katja Pähle: „Es geht auch um ein Stück ausgleichende Gerechtigkeit zwischen Ost und West“

*Der Landtag von Sachsen-Anhalt diskutiert am heutigen Freitag auf Antrag der SPD-Fraktion über das Thema „Grundrente einführen – Respekt für Lebensleistung“. Allein in Sachsen-Anhalt hätten voraussichtlich 99.000 Frauen und 40.000 Männer Anspruch auf Grundrente, sagte in der Debatte die Fraktionsvorsitzende **Katja Pähle**: „Es geht um Lebensschicksale, die im Osten Deutschlands häufiger anzutreffen sind als im Westen. Es geht deshalb auch um ein Stück ausgleichende Gerechtigkeit im Verhältnis zwischen Ost und West.“ Sie machte sich in ihrer Rede stark für einen modernen Sozialstaat, um die Herausforderungen durch die Digitalisierung von Arbeit und Wirtschaft zu bewältigen. Die Rede im Wortlaut:*

Wir möchten mit Ihnen über das Thema Grundrente diskutieren, das ist ja klar, aber wir haben diese Aktuelle Debatte noch mit einem weiteren Begriff überschrieben: „Respekt für Lebensleistung“. **Respekt** - das ist ein zwischenmenschlicher, aber ebenso ein gesamtgesellschaftlicher Wert, ohne den das Zusammenleben nicht funktioniert. Respekt ist die Grundvoraussetzung für einen zivilisierten Umgang miteinander. Beim politischen Streit mit Andersdenkenden gehört der Respekt vor dem Gegenüber genauso dazu wie beim leidenschaftlichen Eintreten für eigene Interessen – sollte man meinen.

Ich habe diesen Respekt sehr grundlegend vermisst, als ich gestern in der Mitteldeutschen Zeitung einen Beitrag über das Thema Grundrente las. In diesem Artikel wird der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall mit dem Kommentar zur Grundrente zitiert, die SPD mache damit „Politik für Randgruppen“. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Jemand, der selbst zu einer **winzigen Schicht von Spitzenverdienern** gehört, blickt abfällig herab auf die Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein ganzes Arbeitsleben wenig, zu wenig verdient haben, und erklärt sie zu einer „**Randgruppe**“. Und der Herr Dulger setzt diese „Randgruppe“ natürlich, man kennt diese Floskeln ja, in Gegensatz zur stets beschworenen „Mitte der Gesellschaft“. Das ist, man kann es nicht anders bezeichnen, **eine Unverschämtheit** gegenüber den Menschen, um die es geht.

Allein in Sachsen-Anhalt dürfte sich die Zahl der Menschen, die Anspruch auf eine Grundrente haben, auf 99.000 Frauen und 40.000 Männer belaufen, die heute weniger als 896 Euro Rente erhalten – wohlgermerkt nach 35 Beitragsjahren. Eine „Randgruppe“?

Ich will noch einen weiteren Zeitungsbericht anführen. Auch der war kritisch gemeint, aber über den war ich sehr erfreut. Denn die Chefkorrespondentin für Wirtschaft überschrieb ihren Beitrag in der „Welt“ mit den empörten Worten: „**Die ‚Respekt-Rente‘ bevorzugt den Osten**“.

Da kann ich nur sagen: **Genau das war der Plan**. Weil es nun mal um Lebensschicksale geht, die – das wissen Sie alle – im Osten Deutschlands häufiger anzutreffen sind als im Westen. Es geht deshalb auch um ein Stück ausgleichende Gerechtigkeit im Verhältnis zwischen Ost und West – das ja nun weiß Gott noch nicht ausgeglichen ist.

Wie gesagt: Es geht um Gerechtigkeit. **Nicht um Bedürftigkeit.** Es geht um eine Leistung innerhalb des Rentensystems, nicht um Sozialhilfe. Und damit geht es um die Anerkennung von Lebensleistung, um Arbeitszeiten, Ausfallzeiten und Beitragsjahre. Eine Prüfung nach Bedürftigkeit ist dabei genauso wenig angezeigt wie bei der Mütterrente. Bei der Mütterrente wird die für Familie und Gesellschaft erbrachte Leistung im Alter vergolten – unabhängig davon, ob der Vater des Kindes Postbote, Zahnarzt oder Arbeitgeberfunktionär war.

Und ich will eines ganz deutlich sagen, auch mit Bezug auf den Antrag der Linken zur Mindestrente: Uns geht es gerade nicht darum, dass Menschen unterhalb eines bestimmten Sockels alle gleich viel erhalten, unabhängig davon, ob sie nun gearbeitet haben oder nicht. Nein, die Grundrente ist ausdrücklich auch Anerkennung für und damit auch Ansporn zur Erwerbsarbeit – es geht immerhin um bis zu 447 Euro monatlich mehr, je nach Ausgangslage.

Warum reden wir in den letzten Jahren eigentlich so viel über Mindestleistungen – Mindestlohn, Mindestausbildungsvergütung, Grundrente? Wir reden darüber, weil ein **Leben am ökonomischen Rand der Gesellschaft** eben keine „Randgruppenproblematik“ ist. Sondern weil in der „Mitte der Gesellschaft“, von der es immer so plastisch heißt, dass sie „früh aufsteht“ und „hart arbeitet“ – weil es in dieser Mitte der Gesellschaft kein kleiner Teil ist, der genau das tut, aber abends nach Hause kommt und trotzdem nicht genug verdient hat, um über die Runden zu kommen – und am Ende des Arbeitslebens nicht genug Rentenanspruch hat für einen unbeschwerten Lebensabend.

Es geht um Friseurinnen, Paketboten, Scheinselbständige im Transportgewerbe und viele andere Berufe, um Menschen also, die in unserer Gesellschaft dazu beitragen, dass der Laden läuft, aber zu wenig teilhaben am gesellschaftlichen Reichtum.

Diese ungleiche Chancenverteilung ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis von erheblichen Veränderungen in Arbeit und Produktion, von der Auslagerung von Dienstleistungen aus den Kernbetrieben, von Verschiebungen in der globalen Arbeitsteilung – und natürlich auch von gesetzgeberischen Veränderungen, von einem Prozess der Deregulierung, der lange vor „Hartz IV“ begann.

Diese Veränderungen haben eben nicht nur ein „Jobwunder“ bewirkt, sondern auch zu der **sozialen Schieflage** geführt, die ich hier nur angerissen habe. Wir alle müssen ein Interesse daran haben, dass diese Schieflage nicht zum **sozialen Sprengstoff** wird. Das gilt erst recht, weil mit der zunehmenden Digitalisierung weitere tiefgreifende Veränderungen auf Arbeit und Wirtschaft zukommen werden.

Ein **moderner Sozialstaat** ist die Antwort auf diese Herausforderung.

Mindestlohn und Grundrente – das sind dabei nur die Auffangnetze für die, die noch nicht aus eigener Kraft teilhaben. Die eigentliche Aufgabe ist, dass die Chancen wieder besser verteilt werden in unserer Gesellschaft.

Deshalb steht für uns beim Umbau des Sozialstaates im Mittelpunkt der Zugang zu Qualifizierung und damit auch zu Aufstiegsmöglichkeiten und beruflicher Weiterentwicklung. Wir haben vom „lebenslangen Lernen“ jahrelang nur gesprochen. In Zeiten wachsenden Fachkräftemangels muss sich erweisen, ob wir es schaffen, die Potentiale mitten in unserer Gesellschaft zu entdecken, zu nutzen und zu qualifizieren: ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Menschen ohne Schulabschluss; Menschen mit einer Ausbildung, die nicht mehr gebraucht wird; Geflüchtete und viele andere.

Im Mittelpunkt eines solchen Sozialstaats steht nicht die Warnung: **Wehe, Ihr bescheißt uns!** - sondern die Botschaft: **Ihr werdet gebraucht** – jeder und jede einzelne.

Und noch jemand wird gebraucht: Das sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die mit fairen Löhnen dazu beitragen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können – und von ihrer Rente. Und die nicht mit Dumpinglöhnen darauf spekulieren, dass die Gesellschaft den Rest übernimmt. **Gutes Geld für gute Arbeit** – auch das ist Ausdruck von Respekt.